



Aufruf zum Kampf gegen den Antisemitismus **Erklärung einiger Nichtregierungsorganisationen zur OSZE-Konferenz**

I. Kampf gegen alle Erscheinungsformen von Antisemitismus

Wir, die Vertreter der unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen, treten dafür ein, den wachsenden Antisemitismus in Europa und in seinen Nachbarregionen in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Der Kampf gegen den Antisemitismus bildet einen wesentlichen Bestandteil des globalen Kampfes für die Menschenrechte und die Demokratie.

In den vergangenen Jahren sind in Europa und in anderen Weltregionen Synagogen angegriffen, Schulen verwüstet, Friedhöfe geschändet und Juden auf offener Straße attackiert worden. Anstachelung zum Judenhaß ist heute in breiten - politisch, religiös oder säkular definierten - Gesellschaftsschichten anzutreffen. Antisemitismus, die Feindschaft gegen Juden aus rassistischen, sozialen, politischen oder religiösen Motiven, ist in erster Linie eine weltweite konkrete Bedrohung jüdischer Menschen. Zu seiner Vorurteilsstruktur gehören aber ebenso wesentliche antidemokratische und antizivilisatorische Elemente. Er richtet sich daher in der Konsequenz auch gegen die Grundlagen der Demokratie und gegen die Werte der Zivilisation.

Vor dem Hintergrund einer sich über fast zwei Jahrtausende erstreckenden Verfolgung und der Schoa kann Antisemitismus nicht als ein Unterfall von „Rassismus“ angesehen werden. Ein derartiges Verständnis würde ein in der Zielsetzung mörderisches Wahnbild allenfalls verkürzt begreifen und die Besonderheiten einer über viele Generationen vermittelten negativen kulturellen Prägung außer acht lassen. Nach wie vor ist der christliche Antijudaismus in Europa noch nicht verschwunden. Der sekundäre Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr nach Auschwitz spielt in vielen europäischen Ländern nicht nur im rechtsradikalen Milieu eine Rolle. Dieser sekundäre Antisemitismus kann sich als Holocaustleugnung oder als antizionistische Agitation äußern, die sich gegen Juden auf der ganzen Welt richtet.

Auf dem Globalen Forum gegen Antisemitismus in Jerusalem haben es die Vertreter vieler jüdischen Gemeinschaften aus aller Welt am 2. Februar 2004 zutreffend formuliert: „Wenn eine Kritik an der israelischen Politik mit groben politischen und diplomatischen doppelten Standards arbeitet oder die Dämonisierung Israels oder des Zionismus einschließt, Israel gar das fundamentale Recht zu existieren abspricht, dann kann eine derartige Kritik nicht als legitim angesehen werden; sie ist vielmehr antisemitisch und sollte auch so bezeichnet werden.“

Antisemitischer Haß wird über verschiedene arabische Medien nicht nur in der islamischen Welt verbreitet, sondern zielt auch auf die muslimischen Minderheiten in Europa. Der Hisbollah-eigene Fernsehsender „Al-Manar“ vermittelt über Satellit die alte antisemitische Ritualmordlegende bis in europäische Wohnzimmer. Die aus dem zaristischen Rußland stammenden antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ sind mit neuen Auflagen in der arabischen und islamischen Welt weit verbreitet. Sie sind auch Gegenstand der in Ägypten produzierten und in mehreren Ländern ausgestrahlten Fernsehserie „Reiter ohne Pferd“.

Die Bemühungen aus der arabischen und islamischen Welt, die jüdische politische Souveränität zu delegitimieren, sind inzwischen nicht nur über die Massenmedien oder das Internet in Europa angekommen. Nicht nur Neonazis verbreiten in Europa Antisemitismus, sondern über eine Israelfeindschaft, der Israel zur Projektionsfläche wird, auch „linke“ Basisbewegungen. Diese suchen nicht selten das Bündnis mit Islamisten und sind in Teilen selbst antisemitisch, wie z. B. die Organisation attac. Deren französischer Arm veröffentlichte jüngst auf dem Europäischen Sozialforum ein antisemitisches Pamphlet des Genfer Islamisten Tariq Ramadan, das sich gegen jüdische französische Intellektuelle richtete. (Ein vorgeblicher „Antirassismus“ dient europäischen Basisbewegungen oft als Plattform für einen gegen Israel gerichteten Antisemitismus. Internetangebote haben in diesem Zusammenhang eine wachsende Bedeutung.)

Es bestehen antiisraelische Vorurteile in großen Teilen der europäischen Bevölkerung und in den europäischen Medien. Über 50% der Europäer halten „Israel für die größte Bedrohung für den Weltfrieden“, wie eine EU-Befragung vor kurzem empirisch nachwies. Eine sachliche Kritik an Israel ist selbstverständlich legitim. Antisemitisches Gedankengut wird allerdings in Europa und Nahost dann sichtbar, wenn an Israel diskriminierende Sondermaßstäbe angelegt, das Land mit Hitlerdeutschland verglichen oder seine Existenzberechtigung als jüdischer Staat in Frage gestellt wird. Ohne die Überwindung des antisemitischen Israelhasses wird es keinen dauerhaften Frieden zwischen den arabischen Ländern und Israel geben können.



II. Notwendige Handlungsansätze

Europäisches Schweigen oder Appeasement gegenüber antisemitischer staatlicher oder nicht-staatlicher Agitation in Europa, Nahost und in anderen asiatischen oder afrikanischen Ländern muß als Duldungs- oder Zustimmungssignal verstanden werden. Wir kennen solche Agitationstendenzen etwa aus Schulbüchern Saudi-Arabiens oder der Palästinensischen Autonomiebehörde, die zu einem beachtlichen Teil von der EU finanziert wird, aus Äußerungen des früheren malaysischen Ministerpräsidenten Mathathir oder sowie aus Erklärungen von Terrororganisationen wie Hamas oder Hisbollah, die u. a. Iran, Syrien und der Libanon unterstützen. Wirksame Maßnahmen gegen den Antisemitismus sind nach innen und außen an den gleichen Maßstäben zu orientieren. Sie müssen sich sowohl auf staatliche sowie supranationale Instanzen, die Politik und die Zivilgesellschaft als auch auf die pädagogische Ebene beziehen.

Wichtig sind deshalb vor allem die folgenden Maßnahmenschritte:

1. Die europäischen Staaten sollten in den Vereinten Nationen möglichst gemeinsam einen Beschlußentwurf einbringen, der den Antisemitismus eindeutig und ohne Vorbehalt verurteilt.
2. a) Mit Ländern oder Organisationen, die den Antisemitismus fördern oder dulden, sollten keine Kulturbeziehungen bestehen und kein politischer „Dialog“ geführt werden. Wirtschaftszusammenarbeit und Entwicklungshilfe sollten nur unter dem Vorbehalt erfolgen, daß die Kooperationsstaaten glaubwürdig und kontinuierlich den Antisemitismus bekämpfen.
b) Von der OSZE eingerichtete oder beauftragte Instanzen sollten unter Mitwirkung von Nichtregierungsorganisationen das entsprechende Verhalten von Kooperationsstaaten regelmäßig beobachten und Empfehlungen für staatliche Maßnahmen geben.
c) Die Maßstäbe und Regelungen nach a) und b) sollten auch für das Verhalten der EU-Organe und für durch öffentliche Mittel geförderte Organisationen in den OSZE-Staaten gelten.
3. Antisemitische Äußerungen, u. a. im Internet und durch Satellitenvermittlung, sollten in allen OSZE-Staaten unter Strafe gestellt werden.
4. Organisationen und Einrichtungen, die antisemitisches Gedankengut verbreiten, sollten verboten werden. Dies gilt insbesondere für antisemitische Terrororganisationen wie Hisbollah oder Hamas sowie ihre Hilfsorganisationen und entsprechende Medien in allen OSZE-Staaten.
5. Die OSZE-Staaten sollten alle Informationen zum Antisemitismus in der Gesellschaft sammeln und dazu alle Informationsquellen einschließlich offizieller Darstellungen, der Medien und der Berichte von Nichtregierungsorganisationen auswerten. Diese Informationen sind der OSZE-Organisation ODIHR in Warschau zur Verfügung zu stellen, um sie durch entsprechende ODHIR-Berichte in regelmäßigen Abständen der Öffentlichkeit, der parlamentarischen Versammlung der OSZE-Staaten sowie den nationalen Parlamenten und Regierungen zugänglich zu machen.
6. Die OSZE-Staaten sollten die notwendigen Mittel bereitstellen, um Bildungsprogramme der Schulen und anderer Einrichtungen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu fördern. Solche Bildungsprogramme haben sowohl Informationen über Ursachen und Verlauf des Holocaust zu vermitteln als auch die Erinnerung an den Holocaust als präzedenzlosem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Menschheit wachzuhalten. Die Geschichte des Staates Israel ist frei von Vorurteilen zu vermitteln. Jüdische Geschichte, Tradition und Kultur sind im Schulunterricht und in der Weiterbildung zu behandeln, bei der auch Nichtregierungsorganisationen eine Rolle spielen können.
7. Die OSZE-Staaten sollten unter Einbeziehung von ODHIR- und Berichten der Nichtregierungsorganisationen in regelmäßigen Abständen die eigenen Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Die Überprüfung ist auf alle hier genannten Maßnahmenschritte zu beziehen.
8. Die Nichtregierungsorganisationen werden, um ihren Beitrag zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Überprüfung der Maßnahmen besser abzustimmen, ein europäisches Koordinationsbüro einrichten.